



Newsletter des Netzwerks Kritische Richter und Staatsanwälte n.e.V.

# FORUM KRISTA

Ausgabe - Oktober 2023



## VORWORT

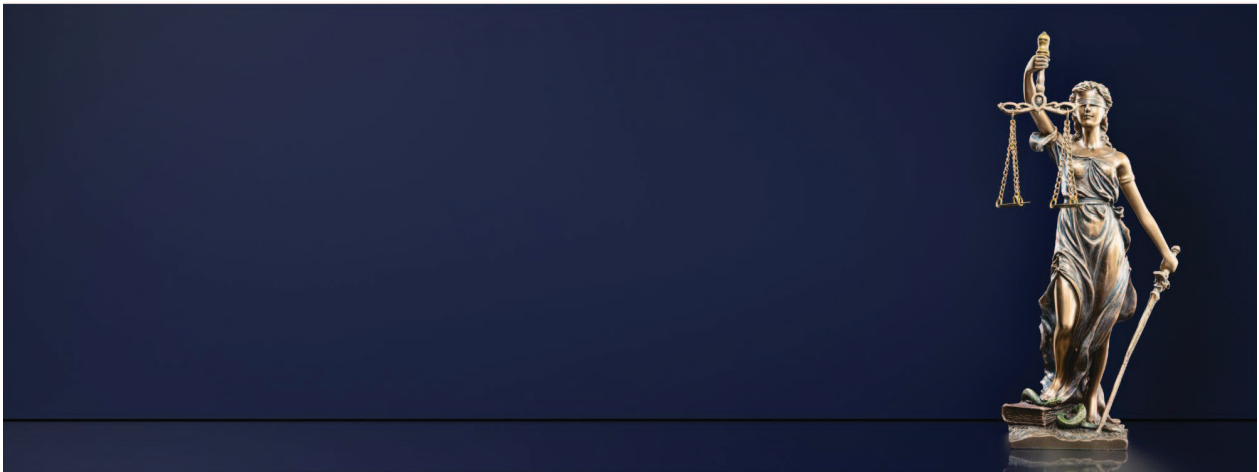
Liebe Leser,  
verschaffen Sie sich mit unserem monatlichen Newsletter einen Überblick: Wir informieren Sie über Aktuelles aus der Rechtsprechung und den Medien. Um den Newsletter knapp zu halten, beschränken wir uns bei der Medienschau regelmäßig auf die Wiedergabe der dortigen Überschriften. Ferner finden Sie Verweise auf unsere aktuellen eigenen Beiträge, mit denen wir uns differenziert mit rechtsstaatlichen Problemstellungen auseinandersetzen.

In diesem Monat ist besonders unser zweites Symposium hervorzuheben, welches unter dem Titel „Rechtsstaat und Demokratie in der Krise“ am 21. Oktober 2023 in Halle stattfand.

Wir wünschen viel Freude bei der Lektüre!

## INHALT

1	Vorwort
2 - 3	Aus der Rechtsprechung
3 - 4	Aktivitäten von KRiStA
4 - 14	Fundstücke aus den Medien
14	Bücher
15	Aufsätze
15	Impressum



### **15.06.2023 VerfGH RhPf Beschluss vom 15.6.2023 – VGH N 32/21:**

Die Fraktion der Alternative für Deutschland (AfD) im Landtag Rheinland-Pfalz hatte im Wege der abstrakten Normenkontrolle beantragt, die Achtzehnte Corona-Bekämpfungsverordnung Rheinland-Pfalz (18. CoBeLVO) vom 20. März 2021, zuletzt geändert durch die Zweite Landesverordnung zur Änderung der Achtzehnten Corona-Bekämpfungsverordnung Rheinland-Pfalz vom 10. April 2021, für verfassungswidrig und nichtig zu erklären. Die 18. CoBeLVO RhPf beruhte auf der Verordnungsermächtigung in § 32 Infektionsschutzgesetz (IfSG) vom 20.07.2000 i. V. m. den Regelungen über Schutzmaßnahmen in den §§ 28 und 28a IfSG. Sie sah u. a. eine Verpflichtung zum Erlass von Allgemeinverfügungen mit jeweils verschärften Schutzmaßnahmen in Landkreisen und kreisfreien Städten mit einer 7-Tages-Inzidenz von mehr als 50, 100 und 200 vor. Das Infektionsschutzgesetz wurde durch das Vierte Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite geändert. Die am 23.04.2021 in Kraft getretene Neuregelung in § 28b IfSG begründete bundesweit einheitliche Schutzmaßnahmen ab einer 7-Tages-Inzidenz von 100 (sog. Notbremse). Diese Regelung sollte nur für die Dauer der Feststellung einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite durch den Deutschen Bundestag, längstens jedoch bis zum Ablauf des 30.06.2021 gelten. Daraufhin wurden mit der am 24.04.2021 in Kraft getretenen 19. CoBeLVO RhPf vom 23.04.2021 die landesrechtlichen Schutzmaßnahmen an die Regelungen in § 28b IfSG angepasst. Zugleich trat die 18. CoBeLVO RhPf mit Ablauf des 23.04.2021 vorzeitig außer Kraft. Zum 07.04.2023 lief der rechtliche Rahmen des § 28b IfSG für die Corona-Schutzmaßnahmen insgesamt aus. Der Antrag wurde mit der Begründung zurückgewiesen, dass es Normenkontrollanträgen bezogen auf Regelungen, von denen unter keinem denkbaren Gesichtspunkt mehr Rechtswirkungen ausgehen können, das objektive Klarstellungsinteresse fehlt. ([Beck Online](#))

### **25.07.2023 VG Karlsruhe, Urteil vom 25.07.2023 – 12 K 3108/22:**

Der Beklagte wurde unter Aufhebung der dienstlichen Beurteilung der Präsidentin des Sozialgerichts Karlsruhe vom 01.07.2021 in der Fassung des Widerspruchsbescheids des Präsidenten des Landessozialgerichts Baden-Württemberg vom

15.08.2022 verurteilt, den Kläger unter Beachtung der Rechtsauffassung des Gerichts für den Zeitraum vom 16.01.2019 bis zum 01.04.2021 erneut dienstlich zu beurteilen. Bereits die Auslassung einzelner Passagen eines Beurteilungsbeitrags bei seiner Wiedergabe in den dienstlichen Regelbeurteilungen von Richtern stellte ein begründungsbedürftiges „Abweichen“ im Sinne von Nummer 2.7.3 Satz 3 der Verwaltungsvorschrift des Justizministeriums über die dienstliche Beurteilung von Richterinnen und Richtern und Staatsanwältinnen und Staatsanwälten vom 11.09.2015 (VwVBRL-LRiStAG; außer Kraft getreten) (juris: VVBW-JuM-20150911-SF) dar. Vor der Vergabe eines Gesamturteils gemäß Nummer 2.6.2 VwVBRL-LRiStAG (juris: VVBW-JuM-20150911-SF) hatte eine zusammenfassende Würdigung der einzelnen Beurteilungskriterien zu erfolgen. Sowohl ein derartiger Begründungsmangel als auch das Fehlen einer zusammenfassenden Würdigung konnten im Widerspruchsverfahren nicht mehr „geheilt“ werden. ([Juris](#))

### **05.10.2023 BGH, Urteil vom 05.10.2023 - RiZ(R) 1/23:**

Der Bundesgerichtshof - Dienstgericht des Bundes - bestätigt die Zulässigkeit der Versetzung eines Richters in den Ruhestand, der nach seinem Ausscheiden aus dem Bundestag – er war Abgeordneter der Partei Alternative für Deutschland (AfD) – wieder als Richter tätig werden wollte ([BGH](#))

## **AKTIVITÄTEN VON KRISTA**

---

**11.10.2023 „Ich finde, dass wir Richter alle auch versagt haben in dieser Corona-Zeit“**. Ein Blick auf die juristische Podiumsdiskussion anlässlich der Tagung „Deutschland zwischen Covid und Klima – Grundrechte unter Vorbehalt?“, welche am 18. September 2023 in der Vertretung des Freistaates Sachsen beim Bund in Berlin stattfand.

**12.10.2023 Die Staatsferne der Presse**. Aus Art. 5 GG wird das staatliche Distanzgebot von Presse, Rundfunk und Fernsehen abgeleitet. In der Rechtsprechung des BVerfG ist anerkannt, dass Art. 5 Abs. 1 S. 2 GG nicht nur die private Presse vor staatlichen Eingriffen schützt, also ein subjektives Abwehrrecht definiert, sondern auch den Staat daran hindert, selbst als Presse tätig zu werden. In unserer demokratischen Ordnung ist es unvermeidlich, dass staatliche Organe mit der Öffentlichkeit kommunizieren und über staatliches Handeln informieren, doch wann wird unzulässig wertend, den Meinungsbildungsprozess verzerrend, Einfluss auf die Meinungsbildung genommen?

**16.10.2023 Kommt die globale Gesundheitsdiktatur?** Was der WHO-Pandemievertrag, die Internationalen Gesundheitsvorschriften und die Europäische Union für den Umgang mit künftigen Pandemien planen.

**18.10.2023 Verharmlosung des Holocausts durch historische Vergleiche?** Die Rechtsprechung im Gestrüpp des § 130 Abs. 3 StGB.



21.10.2023 [KRiStA-Symposium](#) am 21.10.2023 in Halle (Saale) „Rechtsstaat und Demokratie in der Krise – Analysen und Ausblick“

26.10.2023 [Kritische Blicke auf den Zustand von Rechtsstaat und Demokratie](#). Bericht über das KRiStA-Symposium am 21.10.2023.

## FUNDSTÜCKE AUS DEN MEDIEN

---

13.09.2023 [Informationsdienst Wissenschaft](#): Das Long COVID-Risiko ist nach einer Infektion mit der Omikron-Variante deutlich geringer als nach einer Ansteckung mit früheren Corona-Varianten. Das zeigt eine Studie der Universitätsmedizin Halle im Fachjournal „International Journal of Infectious Diseases“. In die Analyse flossen die Angaben von 11.000 Menschen zu Infektionsgeschichte, Impfstatus und den Beschwerden nach einer Infektion ein. Die Daten liefern außerdem deutliche Hinweise darauf, dass das Risiko für Langzeitfolgen bei einer erneuten Corona-Infektion geringer ist, wenn nach der ersten Ansteckung kein Long COVID auftrat.

02.10.2023 [WELT](#): Corona und die autoritäre Versuchung. Die Corona-Politik hatte soziale, psychische und wirtschaftliche Folgen. Mehr noch: Sie hat Zweifel an der Rationalität und Legitimität politischer Entscheidungsprozesse in Deutschland geschürt. Deshalb müssen wir aufarbeiten, was geschehen ist. Drei Vorschläge, wie das aussehen sollte.

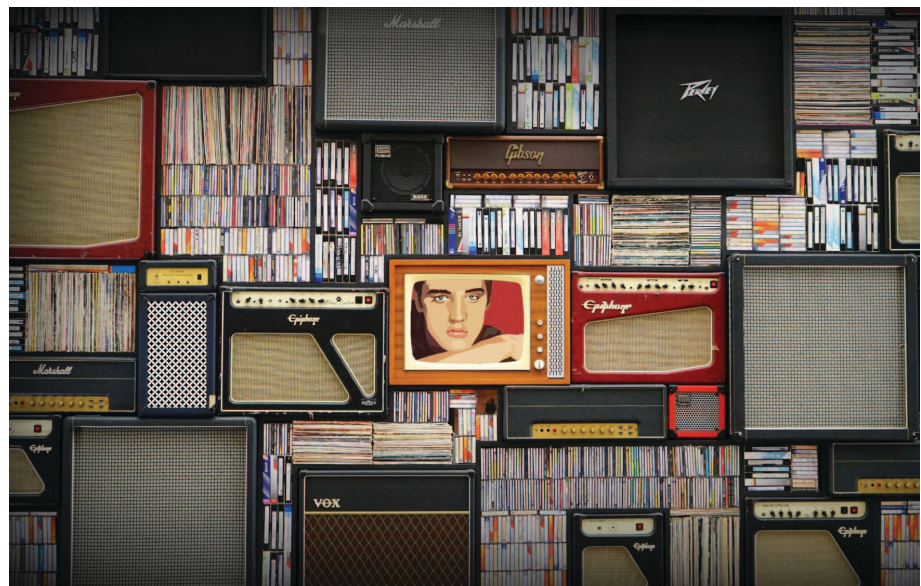
04.10.2023 [WELT](#): Medizin-Nobelpreis für Wegbereiter der Covid-19-Impfung. Der Nobelpreis für Medizin geht an Katalin Karikó und Drew Weissman für ihre Arbeiten zu mRNA-Impfstoffen gegen Covid-19. Die Preisträger trugen „zu dem beispiellosen Tempo der Impfstoffentwicklung während einer der größten Bedrohungen für die menschliche Gesundheit in moderner Zeit bei“, so das Komitee.

04.10.2023 [2020News](#): Die illegale Corona-Party der Karlsruher Richter und die Zensur von Urteilen. Ein Karlsruher Sozialrichter rechnet in seinem 138 Seiten starken Urteil vom 06.07.2023 öffentlich mit seinen Kollegen ab: Seine Richtervorlage ans Bundesverfassungsgericht zur Frage der Verfassungsgemäßheit von Corona-Regelungen im Sozialgesetzbuch II sei blockiert und eine diesbezügliche Pressemittei-

lung zensiert worden. Man habe ihm zudem im Rahmen von Dienstaufsichtsverfahren, die als Reaktion auf seine unabhängige Rechtsprechung angestoßenen worden seien, gedroht. Ein möglicher Grund: Die Richterkollegen hätten am 29.09.2020 im Gerichtsgebäude eine illegale Corona-Party ohne Masken und ohne Abstand gefeiert mit Billigung der Landesjustizverwaltung Baden-Württemberg.

05.10.2023 [Apollo News](#): „Tätlicher Vorfall“ gegen Tino Chrupalla: Jetzt äußert sich die Staatsanwaltschaft – AfD spricht von „Stich“. Gegenüber Apollo News erklärt die Staatsanwaltschaft: „Bei der Veranstaltung in Ingolstadt haben nach dem derzeitigen Kenntnisstand mehrere Personen Selfies mit Herrn Chrupalla gefertigt, bei denen es zu einem leichten Körperkontakt kam. Es liegen zum jetzigen Zeitpunkt keinerlei Erkenntnisse vor, dass Herr Chrupalla angegangen oder angegriffen wurde.“

05.10.2023 [WELT](#): Staatsanwaltschaft leitet Ermittlungsverfahren zu Vorfall um Chrupalla ein. Laut Polizei und Staatsanwaltschaft gibt es weiter keine Hinweise auf einen Angriff. Es werde gegen Unbekannt ermittelt.



05.10.2023 [Tagesspiegel](#): „Schlecht vorbereiteter Systemwechsel“: Richter verklagen Berliner Justizverwaltung wegen Einführung der E-Akte. Wegen Sicherheitsproblemen und massiver Mängel lehnte der Gesamtrichterrat die E-Akte am Landgericht ab – die Verwaltung führte sie trotzdem ein. Nun klagen die Personalvertreter.

05.10.2023 [Spiegel](#): Böhmermann siegt vor Gericht gegen Ex-„Bild“-Chef Julian Reichelt. Vor dem Landgericht Hamburg erwirkte Böhmermann über seine Produktionsfirma Unterhaltungsfernsehen Ehrenfeld vor dem Landgericht Hamburg eine einstweilige Verfügung gegen den ehemaligen „Bild“-Chef Julian Reichelt und das Nachrichtenportal „Nius“ auf Unterlassung der Behauptung, dass eine Person mit Verbindungen zum Innenministerium Teil der Böhmermann-Redaktion sei und dass an den von Böhmermann erhobenen Vorwürfen gegen des damaligen Chefs des Bundesamts für Sicherheit und Informationstechnik (BSI) Arne Schönbohm, wonach der u. a. bewusst mit Nachrichtendiensten aus Russland oder anderen Ländern in Kontakt gestanden hätte, „kein einziges Wort“ wahr sei.

05.10.2023 [WELT](#): AfD-Politiker Maier zu Recht als Richter in Ruhestand versetzt. Der frühere AfD-Abgeordnete Jens Maier wollte nach seinem Ausscheiden aus dem Bundestag wieder als Richter arbeiten. Stattdessen wurde er in den vorgezogenen Ruhestand versetzt – das war zulässig, wie nun der Bundesgerichtshof bestätigte.

07.10.2023 [Kontrafunk](#): Vortrag von Dr. Ulrich Vosgerau mit den Titel „Deutschland und die Krise des Verfassungsstaats“. Der Rechtswissenschaftler und Anwalt spricht über die rechtsstaatliche Fehlentwicklung in Deutschland und deren Auswirkungen auf das Land.

09.10.2023 [Kinderarzt Dr. Martin Hirte](#): Die COVID-19-Impfung. Hier eine kurze Zusammenfassung des Inhalts dieses Beitrags: Die genetischen COVID-19-Impfstoffe haben eine ungenügende Wirksamkeit. Die Wirkdauer beträgt nur wenige Monate. Mit jeder Boosterimpfung wird die Wirkung schlechter und möglicherweise sogar negativ, und die Nebenwirkungen nehmen zu. Die Impfstoffe können nur vorübergehend schwere Krankheitsverläufe abmildern und waren daher während der Pandemie eine Option für sehr alte (über 80-jährige) Menschen und Patienten mit Immundefekt. Die Impfung kann Infektionen und Ansteckungsfähigkeit nicht verhindern. Daher konnte sie das SARS-CoV-2-Virus nicht aufhalten und keinen Herdenschutz herbeiführen. Spätestens seit dem Jahr 2022 ist der größte Teil der Bevölkerung durch Kontakt mit SARS-CoV-2 immunisiert. Sie sind besser als Geimpfte vor Zweiterkrankungen und neuen Virusstämmen geschützt. Genesene profitieren nicht von einer Impfung, sondern erleiden sogar eher Nebenwirkungen. Für den größten Teil der Bevölkerung war das Nutzen-Risiko-Verhältnis der COVID-19-Impfstoffe ungünstig: Das Risiko einer schweren Nebenwirkung ist mit etwa 1: 800 größer als das einer schweren Coronaerkrankung. Nebenwirkungen und gesundheitsökologische Folgen (Virusmutationen, „Antigen-Erbsünde“) des Impfprogramms wurden nicht genügend erfasst. Die Massenimpfung der gesamten Bevölkerung war ein riskantes Public-Health-Experiment mit ungewissem Ausgang.. Junge Menschen, vor allem Männer, hätten darüber aufgeklärt werden müssen, dass ihr Risiko einer bedrohlichen Herzmuskelentzündung hochrelevant ist. Kinder und Jugendliche erkranken so gut wie nie schwer an COVID-19. Die Sicherheit der Impfung während der Schwangerschaft wurde nur ungenügend untersucht. Auch diese Impfempfehlung muss zurückgenommen werden. Die Impfkampagne wurde unterfüttert mit politischen Maßnahmen, die nichts mit einer evidenzbasierten und demokratisch-partizipativen Pandemiebekämpfung zu tun haben.



10.10.2023 [Landtag von Baden-Württemberg](#): Staatsanwaltschaft will Hauptverfahren gegen Ballweg. Die Stuttgarter Staatsanwaltschaft will rechtlich gegen den Beschluss des örtlichen Landgerichts vorgehen, das Hauptverfahren gegen „Querdenken“-Initiator Michael Ballweg wegen versuchten Betruges und Geldwäsche nicht zu eröffnen. Ballweg wird vorgeworfen, unter anderem durch öffentliche Aufrufe von Tausenden Personen finanzielle Zuwendungen für die Organisation „Querdenken 711“ im Umfang von mehr als einer Million Euro eingeworben, die Spender aber über die Verwendung der Gelder getäuscht zu haben.

12.10.2023 [Manova](#): Ausgerufte Grundrechte. Am 18.09.2023 fand in der Vertretung des Freistaates Sachsen beim Bund in Berlin eine Tagung zum Thema „Deutschland zwischen Covid und Klima - Grundrechte unter Vorbehalt?“ statt. Der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Professor Dr. Hans-Jürgen Papier, nahm ungewöhnlich deutlich zu den Verfehlungen der Legislative, Exekutive und Judikative, insbesondere des Bundesverfassungsgerichts, während der Corona-Pandemie Stellung.

13.10.2023 [Berliner Zeitung](#): Antisemitismus ist nicht nur ein muslimisches Problem – sondern auch ein deutsches. Wer in Zeiten wie diesen schweigt, macht sich schuldig, meint Thilo Mischke.

14.10.2023 [apolut](#): Ausgerufte Grundrechte. Ein Kommentar von Wolfgang Bittner anlässlich der Tagung vom 18.09.2023 in der Vertretung des Freistaates Sachsen beim Bund in Berlin zum Thema „Deutschland zwischen Covid und Klima - Grundrechte unter Vorbehalt?“

15.10.2023 [Nordkurrier](#): Corona-Impfung von Kindern – Frau von Olaf Scholz gerät unter Druck. Britta Ernst forcierte als Ministerin in Brandenburg die Impfung von gesunden Kindern – trotz fehlender Stiko-Empfehlung. Jetzt verstrickt sie sich in Widersprüche.

15.10.2023 [Corona Blog](#): Anwältin Schön spricht über Füllmichs Verhaftung – der sitzt jetzt in U-Haft.

16.10.2023 [NachDenkSeiten](#): „Die Anti-Corona-Demonstranten sind ebensolche Antisemiten“. Der Artikel nimmt Bezug auf die Kolumne in der „Berliner Zeitung“ vom 13.10.2023. Der Text stehe beispielhaft für eine sture Fortführung der Meinungsmache gegen Kritiker der Corona-Politik, die in vielen Beiträgen von Medien oder Politikern noch immer weit verbreitet sei. Dieses aktuelle Phänomen der Kontinuität und der dreisten Flucht nach vorne von damaligen Verteidigern der unangemessenen Corona-Maßnahmen zeige, wie unverzichtbar eine schonungslose Aufklärung der Hetze gegen Andersdenkende ist, die unter dem Label „Schutz und Solidarität“ während der Corona-Politik praktiziert wurde,

16.10.2023 [Deutscher Bundestag, Drucksache 20/8837](#): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Thomas Seitz, Tobias Matthias Peterka, Stephan Brandner und der Fraktion der AfD zum Personalmangel in der Justiz.

16.10.2023 [Reitschuster](#): Grüne und FDP müssen in die Opposition. Das Ende der

Ampel - Neue Koalition bis zur Neuwahl.

16.10.2023 [Tichys Einblick](#): Lässt Scholz die Koalition mit den Grünen platzen? Ein Gerücht bewegt die Berliner Politlandschaft: Lässt Kanzler Olaf Scholz (SPD) die Koalition mit den Grünen platzen und startet eine große Koalition mit der Union unter Vizekanzler Friedrich Merz (CDU)?

16.10.2023 [Staatsanwaltschaft Göttingen](#): Die Staatsanwaltschaft Göttingen führt ein Ermittlungsverfahren gegen einen 65 Jahre alten Rechtsanwalt, der zuletzt in Göttingen wohnhaft war. Ihm wird zur Last gelegt, als Geschäftsführer der Mitte des Jahres 2020 gegründeten „Stiftung Corona-Ausschuss“ Untreuehandlungen begangen zu haben. Die Gesellschafter warben seit dem Jahre 2020 für Spenden, welche, gezahlt von Privatpersonen, die Arbeit des „Ausschusses“ finanzieren sollten. Für die Gesellschaft wurden fünf Konten bei Banken eröffnet. Auf diese gingen in der Folgezeit Zahlungen in erheblichem Umfang ein. Die Ermittlungen ergaben, dass der Beschuldigte durch einen 53 Jahre alten Mitbeschuldigten am 10.11.2020 eine Zahlung in Höhe von 200.000 € in 20 Transaktionen zu je 10.000 € an seine Ehefrau vornehmen ließ. In der Folgezeit soll er das Geld gemeinsam mit dieser vollständig verbraucht haben. Am 27.05.2021 soll er dann eigenhändig 500.000 € auf sein Privatkonto transferiert und auch diesen Geldbetrag gemeinsam mit seiner Ehefrau privat verbraucht haben. So sollen ca. 115.000,- € für die Ablösung eines privaten Immobilienkredits verwendet worden sein sowie ca. 70.000,- € für die Ablösung eines eigenen beruflich bedingten Kredits.

16.10.2023 [Kontrafunk](#): Andreas Peter spricht mit Amtsrichter Matthias Guericke über ein Symposium mit dem Titel „Rechtsstaat und Demokratie in der Krise“.

17.10.2023 [Achtgut](#): Symposium „Rechtsstaat und Demokratie in der Krise“. Am Samstag, den 21. Oktober findet das Symposium „Rechtsstaat und Demokratie in der Krise“ im Volkspark in Halle/Saale statt. Von 10 bis 19 Uhr gibt es Vorträge sowie eine Podiumsdiskussion mit Prof. Dr. Dr. Volker Boehme-Neßler, Philipp Kruse, LL.M., Prof. Dr. Ulrike Guérot und Dr. Michael Andrick. Organisiert wird die Veranstaltung von KRiStA – Netzwerk Kritische Richter und Staatsanwälte n.e.V.



17.10.2023 [NDR](#): Untreue? Göttinger Impfgegner Fuellmich in Untersuchungshaft. Es geht um Spendengelder in Höhe von 700.000 Euro, die Fuellmich als Geschäftsführer der Mitte des Jahres 2020 gegründeten „Stiftung Corona-Ausschuss“ verun-



treut haben soll. Demnach soll er im November 2020 „eine Zahlung in Höhe von 200.000 Euro in 20 Transaktionen zu je 10.000 Euro an seine Ehefrau“ vorgenommen haben, teilte die Staatsanwaltschaft mit. Im Mai 2021 soll er dann 500.000 Euro auf sein Privatkonto überwiesen haben. Die Gelder hätten er und seine Frau privat verbraucht, unter anderem für die Ablösung eines Immobilienkredits. Der 65-Jährige hatte sich in den vergangenen Monaten in Mexiko aufgehalten. In der vergangenen Woche sei er aus „ausländerrechtlichen Gründen“ nach Deutschland abgeschoben worden, so die Staatsanwaltschaft.

19.10.2023 [ntv](#): Wegen strengerer Kontrollpflicht - Musk erwägt wohl EU-Aus für Twitter-Nachfolger X. Elon Musk erwägt laut einem Medienbericht, seine Online-Plattform X (ehemals Twitter) aus der Europäischen Union abziehen. Auslöser sei die Unzufriedenheit des Tech-Milliardärs mit dem Digital-Gesetz DSA, schrieb die Website „Business Insider“ unter Berufung auf eine mit dem Unternehmen vertraute Person. Das DSA-Gesetz (Digital Services Act) verpflichtet große Online-Plattformen, konsequent und schnell unter anderem gegen Hassrede vorzugehen. X bekam jüngst einen Fragenkatalog der EU-Kommission, die mehr darüber wissen will, wie der Dienst seinen Verpflichtungen nachkommt.

20.10.2023 [WELT](#): Die „Westminster Declaration“ unterschrieben von 137 Vertretern aus Wissenschaft, Kultur und Medien, sieht das Menschenrecht auf freie Meinungsäußerung in Gefahr.

20.10.2023 [WELT](#): Die Betreute Meinungsbildung bei der Corona-Aufarbeitung. Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach möchte in Pandemiezeiten die Meinungsvielfalt kanalisieren. Für staatlich gelenkte Meinungsbildung könnte es im RKI ein erstes Beispiel geben: der Umgang mit seiner „StoppCovid“-Studie zur Wirkung der Corona-Maßnahmen.

20.10.2023 [Landesregierung Nordrhein-Westfalen](#): Nordrhein-Westfalen fordert Strafbarkeit volksverhetzender Inhalte auch in geschlossenen Chatgruppen. Volksverhetzende Inhalte und verfassungswidrige Kennzeichen sollen im Zusammenhang mit der Dienstausübung auch dann strafbar sein, wenn die Angehörigen des öffentlichen Dienstes sich in geschlossenen Chatgruppen austauschen.

21.10.2023 [ServusTV On](#): Tabu- Was passiert, wenn man das Falsche sagt? Welches Schicksal ereilt jene, die offen ihre Meinung sagen? Zur Politikwissenschaftlerin Ulrike Guérot.

23.10.2023 [Zeit](#): Leuphana Universität Lüneburg: Richard David Precht gibt Honorarprofessur auf. Wegen Falschaussagen über orthodoxe Juden steht Schriftsteller Richard David Precht in der Kritik. Auf Forderung der Studenten gab er seine Professur in Lüneburg ab.

23.10.2023 [Cicero](#): Die hyperkontrollierte Gesellschaft. Als „Massenformierung“ bezeichnet der Psychologe Mattias Desmet eine kollektive Hypnose, aus der auf Basis eines gemeinsamen Narrativs ein heroischer Kampf gegen ein Objekt der Angst entsteht. Liegt hier der Schlüssel zum Verständnis der Corona-Jahre? Ein Aufsatz von Michael Andruck.

23.10.2023 [NachDenkSeiten](#): Republik Europa – Einstiegsdroge in die EU? Ein Artikel von Ulrike Guérot.

24.10.2023 [loobloo.tv](#): Interview mit der Journalistin Alina Lipp und Rechtsanwalt Philipp Kruse zum WHO Pandemievertrag. Philipp Kruse teilte während des Gesprächs seine rechtlichen Bedenken und Einschätzungen bezüglich dieser Regelwerke und unterstrich die zentrale Bedeutung des Rechtsstaatsprinzips, besonders in Zeiten globaler Krisen.



25.10.2023 [NachDenkSeiten](#): Meinungsfreiheit: Klage gegen das Bundesamt für Verfassungsschutz. Der Rechtsanwalt Peter Schindler und der Jurist und Autor Alexander Unzicker haben Klage beim Verwaltungsgericht Köln gegen das Bundesamt für Verfassungsschutz eingereicht. Hintergrund der Klage sei die Tatsache, dass der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Thomas Haldenwang, am 22.05.2023 im ARD-/ZDF-Morgenmagazin historische Tatsachen, etwa dass „Russland den Krieg in der Ukraine auch führt, weil eigene Sicherheitsinteressen verletzt worden sind durch den Westen“ als „russisches Narrativ“ abqualifiziert habe, so die Kläger.

25.10.2023 [Radio München](#): Westminster Declaration - eine öffentlich erklärte Warnung vor Zensur. Dass wir weltweit mit immer stärkeren Meinungs- und freien Rede-Einschränkungen zu tun haben, davon sind 137 renommierte Intellektuelle und Akademiker aus aller Welt überzeugt und sorgen sich sehr. Erleichtert würden die Einschränkungen durch die anhaltende digitale Transformation. Sie sehen das Menschenrecht auf freie Meinungsäußerung in Gefahr. In Europa trat im August diesen Jahres beispielsweise ein neues Zensurgesetz für Soziale Medien in Kraft, mit dem die Kommission in die Lage versetzt wird, den Zugang zu sozialen Netzwerken vollständig sperren lassen zu können. Einige der Intellektuellen und Akademiker versammelten sich bereits Ende Juni 2023 in Westminster und verfassten

die sogenannte Westminster Declaration. Sie wurde am 18.10.2023 veröffentlicht. Bei den Erstunterzeichnern waren unter anderen: Chris Hedges, Robert W. Malone, Julien und Stella Assange, Slavoy Žižek, Jeffrey Sachs, Oliver Stone, Edward Snowden, Glenn Greenwald, Niall Ferguson, Yanis Varoufakis und Martin Kulldorf. Dass mittlerweile ein Wikipedia-Redakteur den Artikel über die Westminster-Erklärung zur Löschung vorschlug, spricht seine eigene Sprache.

25.10.2023 [Report24](#): Versuchskaninchen Bevölkerung: Pfizer-Geheimvertrag mit Südafrika verdeutlicht Verkommenheit der Politik. Unter Punkt 5.5 des Vertrags heißt es darin beispielsweise: „Der Käufer erkennt an, dass der Impfstoff und die mit dem Impfstoff verbundenen Materialien sowie deren Komponenten und Bestandteile aufgrund der Notlage der Covid-19-Pandemie rasch entwickelt werden und nach der Bereitstellung des Impfstoffs an den Käufer im Rahmen dieser Vereinbarung weiter untersucht werden. Der Käufer erkennt weiterhin an, dass die langfristigen Auswirkungen und die Wirksamkeit des Impfstoffs derzeit nicht bekannt sind und dass es möglicherweise Nebenwirkungen des Impfstoffs gibt, die derzeit nicht bekannt sind. Darüber hinaus erkennt der Käufer, soweit zutreffend, an, dass das Produkt nicht serialisiert werden darf.“ Laut einer Untersuchung musste die südafrikanische Regierung 10 Dollar pro Dosis bezahlen (die EU zahlte 15 Dollar, die US-Regierung 18 Dollar), während die Afrikanische Union 6,75 Dollar dafür aufwenden musste.

26.10.2023 [stern](#): Der Fußballverein VfL Osnabrück will seinen Mitarbeitern finanzielle Anreize bieten, um das Klima zu schonen. Dafür gibt es in den Verträgen eine sogenannte „Gemeinwohlklausel“: Angestellte mit einem solchen Passus im Vertrag erhalten jährlich bis zu 750 Euro mehr Gehalt. Davon wird dann eine Kompensation für den CO2-Abdruck des Arbeitsweges abgezogen, die in Zusammenarbeit mit einer Non-Profit-Organisation errechnet wird. Wer also für den Arbeitsweg öfter das Auto stehen lässt, kann mehr verdienen.

26.10.2023 [Aletheia](#): Körperverletzung durch Masken? Der Artikel nimmt Bezug auf den am 08.04.2022 auf der Website von KRiStA - Netzwerk Kritische Richter und Staatsanwälte n.e.V. veröffentlichten Aufsatz.

26.10.2023 [Deutschlandfunk](#): Wissenschaftler wollen, dass WHO Klima- und Naturkrise zum Gesundheitsnotstand erklärt. In deren Aufruf heißt es, die Klimakrise und der Verlust der biologischen Vielfalt schädigten beide die menschliche Gesundheit und dürften nicht getrennt voneinander betrachtet werden. So trage der Klimawandel zur Ausbreitung ansteckender Krankheiten bei. Umweltverschmutzung schade Trinkwasserquellen, und der Rückgang der Artenvielfalt mache es schwerer, die Menschheit gesund zu ernähren.

Die Ausrufung eines Gesundheitsnotstands ist die höchste Alarmstufe, die die WHO verhängen kann. Alle Mitgliedsländer sind dann gefordert, Informationen auszutauschen, um das betreffende Problem in den Griff zu bekommen. Zuletzt geschah dies während der Corona-Pandemie.

26.10.2023 [Süddeutsche Zeitung](#): Ein neues Gesetz für den Verfassungsschutz, das Innenministerin Nancy Faeser vorantreibt, soll den Agenten deutlich mehr Macht geben. Künftig sollen sie eigenständig Bürgern zuflüstern dürfen, welche Bürger radikal seien.

26.10.2023 [Stuttgarter Zeitung](#): Gutachter zu Professur bleiben geheim. Wie wurde Stephan Harbarth Honorarprofessor? In erster Instanz hatte ein Anwalt die Nennung seiner Fürsprecher erstritten. Nun wird dies vom Mannheimer VGH kassiert.

26.10.2023 [VGH Mannheim](#): Der 10. Senat des Verwaltungsgerichtshofs (VGH) hat im Anschluss an die mündliche Verhandlung vom 25.10.2023 der Berufung der Universität Heidelberg stattgegeben. Er hat die auf Informationserteilung nach dem Landesinformationsfreiheitsgesetz (LIFG) gerichtete Klage auch insoweit abgewiesen, als der Kläger die Namhaftmachung der im Bestellungsverfahren des Präsidenten zum Bundesverfassungsgerichts zum Honorarprofessor beauftragten Gutachter begehrt hat. Die Anschlussberufung, mit welcher der Kläger die Herausgabe der Gutachten selbst erreichen wollte, hat der 10. Senat als unzulässig angesehen und verworfen.

27.10.2023 [WELT](#): Lohnabzug für Steak-Esser – Die gefährliche Umerziehung beim VfL Osnabrück.

27.10.2023 [Bild](#): Faeser plant neues Anschwärz-Gesetz.

27.10.2023 [NIUS](#): Faeser plant Anschwärz-Gesetz des Grauens! Geheimdienst soll Menschen in ihrem privaten Umfeld verächtlich machen dürfen.

27.10.2023 [The Epoch Times](#): „Völlig unverständlich, weshalb die Gerichte nicht frühzeitig kritisch hinterfragt haben“. Für den Rechtsanwalt Sebastian Lucenti hat die Aufarbeitung der Corona-Zeit längst begonnen. Nicht zuletzt er selbst prangert das „Versagen des demokratischen Rechtsstaats“ während der Corona-Jahre immer wieder an – und hofft auf noch mehr Publikumsengagement. „Ein freiheitlich-demokratischer Rechtsstaat kann es sich – auch im Hinblick auf künftige Krisen – nicht leisten, die Ursachen vermeidbarer gigantischer Folgeschäden ungeklärt zu lassen, notwendige Lernprozesse zu unterbinden und den Schadensverursachern die systemische Verantwortungsflucht zu erlauben.“

27.10.2023 [The Epoch Times](#): Interview mit Rechtsanwalt Lucenti: Das Versagen des demokratischen Rechtsstaats in der Corona-Krise.

27.10.2023 [The Epoch Times](#): Rechtsanwalt Lucenti zur Corona- Aufarbeitung – Teil 2 „Zuerst muss ein reiner Tisch gemacht werden, bevor ein Heilungsprozess einsetzen kann“. Für den Rechtsanwalt Sebastian Lucenti liegt es nicht nur an den Medien, sondern auch an den kritischen 20 Prozent der Bevölkerung, die Aufarbeitung der Corona-Krise voranzubringen. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk gehört für ihn „strukturell und personell“ reformiert. Der zweite Teil des Exklusivinterviews.

27.10.2023 [WELT](#): Gerichtsbeschluss: Uni Heidelberg muss Gutachten zur Harbarth-Honorarprofessur nicht veröffentlichen.

28.10.2023 [Manova](#): Walter van Rossum diskutiert mit den Anwälten David Jungbluth, Philipp Kruse und Brigitte Röhrig über die kriminellen Machenschaften der globalen Impfmafia. Die Fachanwältin für Arzneimittelrecht Brigitte Röhrig hat ein sensationelles Buch geschrieben, „Die Corona Verschwörung“. Darin untersucht sie

bis ins kleinste juristische Detail, wie die Impfreligion in die Welt gekommen ist und – obwohl die Beteiligten das hätten wissen müssen – immensen Schaden angerichtet hat. Sie rekonstruiert die Befehlskette, die es möglich gemacht hat, dass ein gentechnisches Therapeutikum zum normalen Impfstoff umdeklariert wurde, und wie es zu der „politischen Entscheidung“ kam, dass Kanzlerin Merkel und die WHO die Impfung als allein rettendes Mittel durchgesetzt haben. Mit enormen Fachkenntnissen zeigt Brigitte Röhrig, wie die europäische Zulassungsstelle für Arzneimittel eine bedingte Zulassung für Comirnaty und andere neuartige mRNA-Präparate durchgewunken hat, obwohl sie gravierende Mängel festgestellt hat. Weder konnte man die genaue Zusammensetzung noch konnte man die Wirksamkeit belegen und auch nicht die Reinheit der Herstellung nachweisen. Es gab einfach nicht genug Unterlagen, um eine Nutzen-Risiko-Bewertung vornehmen zu können. Im Gegenteil: In mehrfacher Hinsicht erkannte man bei der Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA), wie gefährlich der neuartige experimentelle Impfstoff sei. Trotzdem hat man ihm unter enormem politischen Druck eine bedingte Zulassung erteilt. Viele der Bedingungen sind erst viel später erfüllt worden, manche bis heute gar nicht.



29.10.2023 [Tagesschau](#): Von Thüringen nach Sachsen-Anhalt: Querdenker-Pfarrer übernimmt neue Kirchgemeinde. Ein Auftritt von Pfarrer Martin Michaelis 2021 auf einer Corona-Demo in Sonneberg hatte zu Empörung geführt. In der Folge hatte er den Rückhalt in mehreren Gremien verloren - zuletzt im Pfarrverband. Künftig soll er als Pfarrer in Sachsen-Anhalt arbeiten, wie er selbst ankündigte.

29.10.2023 [Jasmin Kosubek](#): Wie verändert sich die deutsche Rechtskultur? Richter a.D. Prof. Dr. Thomas-Michael Seibert im Gespräch mit Jasmin Kosubek.

29.10.2023 [Cicero](#): Änderung des Verfassungsschutzgesetzes geplant - Willkommen

in der Denunziantenrepublik! Immer mehr entwickelt sich der Verfassungsschutz mit Hilfe der Politik zu einer Behörde, die selbst die Demokratie zu gefährden droht. Seine neueste Idee: Er träumt von weitreichenden Befugnissen, nicht-staatliche Stellen vor vermeintlichen oder tatsächlichen Extremisten zu warnen.

31.10.2023 [Deutschlandfunk Kultur](#): Das neue Reinheitsgebot in der Kunst – Die Kultur-Korrektoren, von Michael Andrick.

31.10.2023 [RTV](#): WHO und EU: Auf dem Weg zur Gesundheitsdiktatur? Diskutiert wurde die Frage, ob die wachsende Autorität der WHO im Bereich der Gesundheitspolitik eine potenzielle Bedrohung für individuelle Freiheiten darstellt.

31.10.2023 [Flavio von Witzleben](#): "Wir leben in Post-Demokratischen Verhältnissen", Ulrike Guérot & Matthias Burchardt.



## BÜCHER

**Patrik Baab - „Auf beiden Seiten der Front“.** Patrik Baab hat die Ukraine bereist – den Westen vor Beginn des Krieges, den Osten danach. Gemäß der journalistischen Handwerksregel „audiatur et altera pars“ – auch die andere Seite soll gehört werden – hat er auf beiden Seiten der Front mit Menschen gesprochen und ihre Leben beobachtet. Er hat die Interessen hinter den blutigen Kämpfen recherchiert. Hier schildert er seine Eindrücke. Er analysiert den geostrategischen und wirtschaftlichen Konflikt, um den es in Wahrheit geht. Es ist das neue „Große Spiel“ der Vereinigten Staaten, von Russland und der Europäischen Union unter deutscher Führung; ein Poker am Rande eines Atomkriegs mitten in Europa – ein Tanz auf dem Vulkan.

## AUFSÄTZE

---

Oktober 2023: **Corona – und was jetzt? Entgeltfortzahlung nach drei Jahren Pandemie-Arbeitsrecht**; von Rechtsanwalt Dr. Stefan Schmidt-Lauber, Rechtsanwalt Dr. Sebastian Naber und Dr. Marvin Ruth Die Autoren vertreten die Auffassung, dass, wenn sich ein Arbeitnehmer in einer Pandemie nicht einer Schutzimpfung, die öffentlich empfohlen wird, unterzieht, im Erkrankungsfall an der pandemischen Krankheit ein Verschulden i. S. d. § 3 Abs. 1 S. 1 EFZG vorliege, das den Entgeltfortzahlungsanspruch ausschließt. Dabei seien an die Kausalität der unterlassenen Schutzimpfung für die Erkrankung keine allzu hohen Anforderungen zu stellen. Bei flächendeckenden Betriebsschließungen während einer Pandemie zum Schutz der allgemeinen Bevölkerung realisiere sich nicht das Betriebsrisiko des Arbeitgebers gem. § 615 S. 3 BGB. Faktisch trage dadurch in dieser Konstellation der Arbeitnehmer das Risiko der Betriebsschließung, das auch nicht durch einen staatlichen Entschädigungsanspruch aufgefangen wird. § 56 Abs. 1 a IfSG sei im Verhältnis zu § 16 BGB subsidiär. ([beck online](#))

---

Unterstützen Sie unsere Arbeit gern mit einer Spende. Herzlichen Dank!

Netzwerk KRiStA | IBAN: DE12 6725 0020 0009 3540 85

## IMPRESSUM

---

### Herausgeber

KRiStA – Netzwerk Kritische Richter und Staatsanwälte n.e.V.  
Bessemerstraße 82  
12103 Berlin

E-Mail: [kontakt@netzwerkkrista.de](mailto:kontakt@netzwerkkrista.de)

Website: <https://netzwerkkrista.de>

### Vertretung des Vereins

jeweils einzeln vertretungsberechtigt als gleichberechtigte Vorstandsmitglieder:

Richard U. Haakh (E-Mail: [Richard.Haakh@netzwerkkrista.de](mailto:Richard.Haakh@netzwerkkrista.de)), Dr. Pieter Schleiter (E-Mail: [Pieter.Schleiter@netzwerkkrista.de](mailto:Pieter.Schleiter@netzwerkkrista.de)) und Karin Hark (E-Mail: [Karin.Hark@netzwerkkrista.de](mailto:Karin.Hark@netzwerkkrista.de))

### V.i.S.d. § 18 Abs. 2 MStV

Dr. Manfred Kölsch (Bessemerstraße 82, 12103 Berlin)

E-Mail: [kontakt@netzwerkkrista.de](mailto:kontakt@netzwerkkrista.de)

### Haftung für Links

Wir können keine Haftung für externe Links übernehmen. Eine permanente inhaltliche Kontrolle der verlinkten Seiten ist ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir derartige Links umgehend entfernen.

